

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 29.08.2019
Sitzung Nummer:	1 ( KVPA/1/2019)
Sitzungsdauer:	14:00 - 17:08 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

---

Carsten Wulfänger  
Vorsitzender, Landrat

---

Jacqueline Krehl  
Protokollführung

---

### Anwesend:

#### Vorsitz

Herr Carsten Wulfänger

#### Mitglieder

Herr Ralf Berlin  
Herr Dietrich Gehlhar  
Frau Katrin Kunert  
Herr Patrick Puhlmann  
Herr Nico Schulz  
Herr Thomas Staudt

#### Protokollführer

Frau Jacqueline Krehl

#### von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber  
Frau Anja Krüger  
Herr Ralf Mosow  
Frau Ina Schulze  
Herr Sebastian Stoll

#### Teilnehmer

Frau Sarah Fretter  
Frau Nancy Hundt  
Herr Dr. Gerrit Landsberg

stendalbus GmbH  
iGDB  
Rechtsanwalt

### Abwesend:

### Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses sowie der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 62. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 20.06.2019

- 5 DigitalPakt Schule  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 046/2019
  - 6 Beratungsstellenplanung im Landkreis Stendal für das Jahr 2020 auf der Grundlage des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen- Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsstellen (FamBeFöG)  
Vorlage: 041/2019
  - 7 Ergebnisfeststellung zur Wahl des Kreisjägermeisters, seiner besonderen Vertreter und der Mitglieder des Jagdbeirates des Landkreises Stendal  
Vorlage: 051/2019
  - 8 Erhalt des Bahnhalt punktes Steinfeld - Umsetzung eines integrierten SPNV-/ÖSPV-Konzeptes  
Vorlage: 049/2019
  - 9 Sicherung der zukünftigen Ärzteversorgung im Landkreis Stendal  
Vorlage: 044/2019
  - 10 Tarifierung der stendalbus GmbH  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 048/2019
  - 11 Aufwandsentschädigungssatzung für ehrenamtlich tätige Integrationslotsen im Landkreis Stendal  
Vorlage: 050/2019
  - 12 Information über eine Kreditaufnahme zum Zwecke der Umschuldung  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 033/2019
  - 13 Einwohnerfragestunde
  - 14 Anfragen und Anregungen
- 

## Protokoll

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Landrat eröffnet um 14.00 Uhr die 1. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses sowie der Beschlussfähigkeit**

Der Landrat stellt fest:

- die Einberufung zur Sitzung des KVPA erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 16. August 2019,
- der KVPA ist beschlussfähig; es sind 6 Mitglieder des KVPA sowie der Landrat anwesend. (siehe auch Seite 1 Anwesenheitsliste).

### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Da keine Änderungsvorschläge angezeigt werden, gilt die Tagesordnung als festgestellt.

Frau Kunert stellt fest, dass fast alle Beschlussvorlagen für den Kreistag in der Beratungsfolge mit dem Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss starten. Wird es in Zukunft wieder so sein, dass zuerst die beratenden Ausschüsse über die Themen und Vorlagen diskutieren?  
Herr Wulfänger bejaht dies. Die jetzige Beratungsfolge ist der Sommerpause geschuldet.

**zu TOP 4 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 62. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 20.06.2019**

Der Landrat gibt folgendes bekannt:

In seiner Sitzung am 20.06.2019 fasste der KVPA folgenden Beschluss:

*Der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss beschließt im Einvernehmen mit dem Landrat, gemäß § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises Stendal vom 25.09.2014 die ausgeschriebene Stelle „Sachgebietsleiter/in Lebensmittelüberwachung“ mit*

*Herrn Dr. André Kroll, geb. am 16.11.1987,  
wohnhaft in Tangermünde,*

*voraussichtlich ab dem 01.10.2019 zu besetzen und ihn in die Entgeltgruppe 14 TVöD VKA (Teil B - Besonderer Teil XXVIII – Tierärztinnen und Tierärzte) Entgeltordnung einzugruppieren.  
Die Besetzung der Stelle erfolgt zunächst gem. § 31 Abs. 1 TVöD auf 2 Jahre befristet.*

**zu TOP 5 DigitalPakt Schule  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 046/2019**

Frau Krüger stellt den DigitalPakt Schule anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 5 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Der Landrat ergänzt, dass es sich hierbei um eine Mitteilungsvorlage handelt, da noch keine endgültige Richtlinie vorliegt. Sollte dies der Fall sein, so wird dieses Thema mit konkreten Zahlen in einer Beschlussvorlage noch einmal vorgestellt und diskutiert.

Herr Berlin fragt, in welchem Zusammenhang das Wort „vorrangig“ in der Mitteilungsvorlage zu verstehen ist.

Frau Krüger erklärt, dass es sich auf den Aufbau und die Verbesserung der digitalen Verkabelung bezieht.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

***zur Kenntnis genommen***

**zu TOP 6 Beratungsstellenplanung im Landkreis Stendal für das Jahr 2020 auf der Grundlage des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen- Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsstellen (FamBeFöG)  
Vorlage: 041/2019**

Herr Stoll erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Schulz fragt, ob es eine Statistik oder eine Auswertung gibt, wer die Außenstellen in Osterburg in Havelberg besucht.

Herr Stoll antwortet, dass solche Zahlen tatsächlich vorliegen. Es ist bekannt, wie groß der Einzugsbereich der jeweiligen Beratungsstelle ist.

Es wird vorgeschlagen, diese Zahlen als Anhang zum Protokoll mitzuliefern.

Die Vorlage wird zur Entscheidung einstimmig an den Kreistag überwiesen.

*einstimmig zugestimmt*

**zu TOP 7 Ergebnisfeststellung zur Wahl des Kreisjägermeisters, seiner besonderen Vertreter und der Mitglieder des Jagdbeirates des Landkreises Stendal  
Vorlage: 051/2019**

Herr Stoll stellt die Beschlussvorlage kurz vor.

Frau Kunert fragt, ob es möglich wäre über jeden Bewerber einen kleinen Steckbrief zu erhalten.

Herr Stoll antwortet, dass im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung die Möglichkeiten geprüft werden.

Weitere Fragen gibt es nicht.

*beraten*

**zu TOP 8 Erhalt des Bahnhalt punktes Steinfeld - Umsetzung eines integrierten SPNV-/ÖSPV-Konzeptes  
Vorlage: 049/2019**

Herr Stoll stellt die Fakten zum Erhalt des Bahnhalt punktes Steinfeld anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 8 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Berlin kann den Erhalt des Bahnhalt punktes nur begrüßen. Er macht darauf aufmerksam, dass das Stück Landesstraße zwischen Schinne und Belkau dann wieder als Kreisstraße zurückgestuft werden müsste. Der Erhalt von Bahnhöfen stärkt zudem den ländlichen Raum.

Herr Staudt stimmt zu, dass der ländliche Raum gestärkt werden muss. Allerdings sind 270.000 € pro Jahr für den Landkreis plus 120.000 € vom Land (auch Steuergelder) sehr viel Geld für wenig Resonanz. Für die 270.000 € könnte man bereits einige Straßenkilometer ausbauen, die viele Menschen täglich nutzen. In unserer Fraktion wurde dieses Thema sehr kontrovers diskutiert. Der Erhalt des Bahnhalt punktes bringt viele Vorteile, aber auch eine Zahlungsverpflichtung über 18 Jahre. Es ist vollkommen nachzuvollziehen, dass eine Entscheidungsfindung schwierig sein wird.

Herr Puhmann wirft ein, dass es in der Beschlussvorlage neben dem Erhalt des Bahnhalt punktes auch um den Erhalt der Buslinien geht. Mit den 270.000 € im Jahr wird nicht nur der Bahnhalt punkt Steinfeld, sondern auch die darüber hinaus gehenden Orte, die dann mit mehr Busfahrten abgedeckt werden, erschlossen.

Herr Schulz fehlt für eine abschließende Entscheidung ein Gesamtüberblick. Neben den Fahrgastzahlen spricht man auch über das Mehr von Buslinien. Man stellt sich natürlich die Frage, ob mehr Fahrgäste erwartet werden, sobald das Busnetz ausgeweitet wird. Außerdem ist es wichtig zu wissen, was eine Busstrecke im Vergleich zu dem, was zusätzlich an Busstrecken ausgebaut werden soll, normalerweise kostet. Diese Fragen spielen mit in die Entscheidung ein.

Frau Kunert stellt klar, dass ein geschlossener Bahnhalt punkt für immer geschlossen bleibt. Man muss sich auch die Frage stellen, wie man tägliche Pendler nach Stendal und Salzwedel ermutigt, Bahn und Bus anstatt des Autos zu nutzen. Gibt es eine Möglichkeit, dieses Thema noch einmal zu vertiefen?

Der Landrat bietet an, dass Herr Stoll dieses Thema in den Fraktionssitzungen noch einmal vorstellt, wenn dies so gewollt wird.

Für Herrn Gehlhar offenbart sich der Widerspruch zwischen der Ökonomie und der Aufgabe des Kreises für seine Bürger in den weniger dicht besiedelten Bereichen. Alle Argumente, die hier angebracht wurden, sind in irgendeiner Art und Weise richtig. Eine Entscheidung kann ich an dieser Stelle noch nicht treffen.

Herr Schulz bittet darum, dass Herr Stoll in der Fraktionssitzung von Pro Altmark noch einmal dieses Thema ausführt. Er ergänzt, dass auch die Vertragslänge von 18 Jahren sehr beachtlich ist.

Herr Stoll erklärt, dass man davon ausgeht, dass die NASA in diesem Zeitraum von 18 Jahren den Ausbau des Bahnhalt punktes Steinfeld refinanzieren will. Ziel ist es, dass mehr Leute die Bahn als Verkehrsmittel nutzen, damit die NASA höheren Umsatz generieren kann.

Herr Berlin fragt, ob es Erhebungen dazu gibt, wie der Rufbus von Schernikau nach Belkau genutzt wird. Zudem ist fraglich, wie die zukünftige Strecke mit dem Rufbus aussehen soll.

Herr Stoll antwortet, dass das vorliegende Angebot mit StendalBus entwickelt und kalkuliert wurde. Man ist davon ausgegangen, dass bei den tatsächlichen Rufbuskilometern eine Abrufquote von 2-3 % eintreten würden.

Der Landkreis hat zudem geplant in den nächsten Jahren ein Konzept zu entwickeln, wie Bahn und Bus besser aufeinander abgestimmt werden können. Ein solches Konzept muss mit Fachleuten und der NASA besprochen werden.

Herr Staudt geht noch einmal auf die Auslastung des Rufbusverkehrs ein. Der Rufbus wird mit 2-3 % Auslastung viel zu wenig genutzt.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig an den Kreistag zur Entscheidung weitergegeben.

### *einstimmig zugestimmt*

#### **zu TOP 9    Sicherung der zukünftigen Ärzteversorgung im Landkreis Stendal Vorlage: 044/2019**

Der Landrat und Herr Stoll stellen die Vorlage zur Sicherung der Ärzteversorgung vor.

Herr Schulz kann diese Idee nur unterstützen. Finanziert die Kassenärztliche Vereinigung (KV) auch einen Teil des Stipendiums oder finanziert der Landkreis dies allein?

Herr Stoll antwortet, dass der Landkreis allein die 800 € pro Studenten zahlt. Die KV zahlt dieses Geld direkt an den Studenten aus, beteiligt sich aber nicht. Die Kassenärztliche Vereinigung hat eigene Stipendienprogramme im Land Sachsen-Anhalt.

Herr Puhlmann fragt, ob die regionale Beschränkung, dass nur Abiturienten aus dem Landkreis Stendal gefördert werden, in der Beschlussvorlage zu finden ist.

Herr Stoll verneint dies. Das Ziel ist aber, bei dem Vertragsschluss mit der KV dies aufzunehmen. Dabei möchte man allerdings etwas Flexibilität einbringen. Es gibt einige Schüler, welche im Landkreis Stendal wohnen, aber ein Gymnasium in einem anderen Landkreis besuchen. Auch diese möchte man in den Vertrag mit einbinden.

Herr Gehlhar empfindet das Stipendium als durchaus positiv. Allerdings löst es nicht den generellen Fachärztemangel in bestimmten Regionen. Es besteht weiterhin die Tendenz, dass in Ballungszentren der Andrang nach Fachärzten längst befriedigt ist. Anders ist es in den ländlichen Regionen. Die ausgebildeten Ärzte werden vom Land falsch verteilt. Wenn andere Regionen ebenfalls solche Stipendien zu besseren Konditionen ausschreiben, entsteht ein Konkurrenzkampf. Wie lange ist es möglich, den ausgebildeten Facharzt an den Landkreis zu binden?

Herr Stoll erklärt, dass bereits in dem Vertrag mit den Stipendiaten festgeschrieben wird, dass nach der Facharztausbildung ein KV-Sitz im Landkreis Stendal angenommen werden muss. An diesen Sitz kann man den Facharzt für 3 Jahre binden.

Herr Schulz möchte wissen was passiert, wenn für die Fachrichtung, die der Facharzt studiert hat, kein Sitz frei ist.

Herr Stoll erklärt, dass die KV nach 6 Jahren und 3 Monaten (nach dem Studium) entscheidet, welche Fachrichtung derjenige einzuschlagen hat (je nachdem welcher Facharzt-Sitz frei ist).

Der Landrat erläutert, dass man sich nach Beschluss dieser Vorlage auch um die Bekanntmachung dieses Stipendiums kümmern wird. Die Mittel sind im Haushalt eingestellt.

Herr Stoll ergänzt, dass der Landkreis derzeit als Dienstleister bereits Ansprechpartner für die Kassenärztliche Vereinigung ist, wenn es Ärzte gibt, die in unsere Region kommen wollen. Die Wirtschaftsförderung hat bereits mit der KV Projekte geplant, in denen junge angehende Humanmediziner durch einen zweitägigen Workshop die Altmark näher gebracht wird.

Frau Kunert wirft ein, dass es wichtig ist, das Stipendium zu bewerben. Wenn ein Student BaföG beantragt, wird das Stipendium darauf angerechnet? Außerdem wird der Antrag gestellt, alle haushaltsrelevanten Vorlagen erst zu beschließen, wenn der Haushalt beraten wird.

Der Landrat antwortet, dass der Haushalt im Kreistag am 19.09.2019 mit auf der Tagesordnung stehen wird.

Frau Kunert zieht daraufhin den Antrag zurück.

Herr Stoll erklärt, dass die KV bereits dabei ist, eine Möglichkeit zu finden, dass das Stipendium anrechnungsfrei weitergegeben werden kann. Diese Möglichkeiten prüfen derzeit die Juristen.

Der Landrat macht darauf aufmerksam, dass die Vergabe des Stipendiums erst ab Oktober 2020 beginnt. Vorher werden die Ausschreibungen getätigt und Verträge angefertigt. Nach kurzer Diskussion einigt man sich darauf, durch die KV weiterhin prüfen zu lassen, ob bereits Studierende in die Ausschreibung mit aufgenommen werden können. Die Beschlussvorlage wird einstimmig an den Kreistag weitergeleitet.

*einstimmig zugestimmt*

**zu TOP 10 Tarifierpassung der stendalbus GmbH  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 048/2019**

Herr Stoll und Frau Fretter stellen die Tarifierpassung der stendalbus GmbH anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 10 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Es werden einige Fragen zur Präsentation von Frau Fretter beantwortet.

Herr Berlin merkt an, dass er die Vorfinanzierung der Berufsschüler oder Gymnasiasten ab der 11. Klasse nicht als positiv empfindet. Die Vorfinanzierung kann sich nicht jeder Haushalt leisten.

Herr Dr. Gruber erklärt, dass dies allerdings durch das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt so vorgeschrieben ist.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht.

*zur Kenntnis genommen*

**zu TOP 11 Aufwandsentschädigungssatzung für ehrenamtlich tätige Integrationslotsen im Landkreis Stendal  
Vorlage: 050/2019**

Herr Stoll erläutert die Vorlage.

Herr Puhmann fragt, ob die in der Beschlussvorlage dargestellten Zahlen die tatsächliche Verteilung der Integrationslotsen darstellen.

Der Landrat bejaht dies.

Herr Gehlhar informiert, dass die Fraktion der AfD der Beschlussvorlage nicht zustimmen wird.

Weitere Fragen gibt es nicht.

Die Vorlage wird mehrheitlich an den Kreistag weitergeleitet.

*mehrheitlich zugestimmt*

**zu TOP 12 Information über eine Kreditaufnahme zum Zwecke der Umschuldung  
- Mitteilungsvorlage -  
Vorlage: 033/2019**

Der Landrat stellt die Vorlage kurz vor.

Herr Berlin fragt, wie viel Kredite es noch im investiven Bereich gibt.

Der Landrat antwortet, dass es circa 40 Mio. € sein müssten. Diese Frage wird Frau Hoppe im Finanzausschuss genau beantworten.

Herr Berlin hinterfragt zudem, wie viel Kassenkredite derzeit im Haushalt zu finden sind.

Der Landrat antwortet, dass man zwischen 42 und 46 Mio. € schwankt.

Weitere Fragen gibt es nicht.

*zur Kenntnis genommen*

### zu TOP 13 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.  
Der Landrat schließt die Einwohnerfragestunde.

### zu TOP 14 Anfragen und Anregungen

Herr Dr. Gruber gibt folgende aktuelle Informationen zur Verhandlung der Abfallgebührenkalkulation und Abfallgebührensatzung des Landkreises Stendal:

Bis zum heutigen Tage ist dem Landkreis Stendal noch kein Urteil übergeben worden. Diesbezüglich war es für uns noch nicht möglich, ein Urteil welches noch nicht vorliegt, zu prüfen und eventuelle Folgeschritte des Landkreises auszuloten. Am heutigen Tage um 24 Uhr läuft die Frist ab, in der das Urteil dem Landkreis bekannt gegeben werden muss.

Ende der letzten Woche wurde von Seiten der Vertreter des Landkreises, ein Antrag auf Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung, beim Verwaltungsgericht Magdeburg eingereicht. Darin wurde die Position untermauert, dass die Gebührenkalkulation rechtmäßig kalkuliert wurde. Dieser Antrag wurde bisher noch nicht abgelehnt.

Frau Kunert fragt, warum ein Antrag auf Wiedereröffnung gestellt wurde.

Herr Dr. Gruber erklärt, dass von Seiten der Vertreter des Landkreises noch einmal begründet wurde, dass die Gebührenkalkulation und die Bescheide rechtmäßig ergangen sind.

Frau Kunert kündigt an, dass zum nächsten Kreistag ein Antrag der Fraktion „DIE LINKE“ zu diesem Thema gestellt wird. Sie begründet dies wie folgt:

Wenn wir Revue passieren lassen, wie wir in den letzten Wochen vor Verabschiedung dieser Gebührensatzung diskutiert haben, war es immer schwierig Nachfragen zu stellen und einige Dinge nachzuvollziehen. Wir haben immer bedauert, dass innerhalb der Verwaltung unsere Kompetenzen im Abfallbereich weiter abgebaut wurden und man sich mehr und mehr auf Dritte verlassen hat. Die Frage der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit für die Kreistagsmitglieder sollte jetzt im Mittelpunkt stehen. Aus diesem Grund schlagen wir vor, eine neue Gebührensatzung zu erarbeiten, die wir alle nachvollziehen können.

Dazu werden keine weiteren Fragen gestellt.

Herr Puhlmann bezieht sich auf die Sitzung des Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 27.08.2019. In dieser berichtete Herr Stoll darüber, dass es im September einen Gütetermin mit den Krankenkassen bezüglich der Rettungswachen geben wird. Welche Punkte müssen bei diesem Termin noch verhandelt werden? Was kommt auf den Landkreis zu, wenn man bei diesem Termin zu keiner Einigung findet?

Herr Stoll antwortet wie folgt:

Strittig ist derzeit noch der Quadratmeterpreis (ortsüblicher Mietpreis 4,50€ bis 5€ pro m<sup>2</sup>) einer DIN-gerechten Rettungswache. Den Zuschnitten, den Räumen, der Größe und der Anordnung einer Rettungswache hat die Krankenkasse bereits zugestimmt. Sofern man bei dem Gütetermin am 18.09.2019 zu keiner Einigung findet, so muss der Kreistag eine Satzung erlassen, in der die Kosten des Rettungsdienstes festgeschrieben werden. Dagegen wird die Krankenkasse eine Normkontrollklage beim Verwaltungsgericht einreichen. Ein Richter entscheidet dann darüber, ob es richtig ist eine DIN-gerechte Wache zu den Preisen anzumieten oder eben nicht.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, wird der öffentliche Teil der Sitzung geschlossen.